

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Marzahn-Hellersdorf!



Es ist eine immerwährende Geschichte, ob ich im Wahlkreis unterwegs bin oder mit Bürgerinnen und Bürgern vertraulich in meinem Büro spreche. Die Frage kommt immer: Wann werden Ost-Renten endlich an West-Niveau angepasst?

Glaube bitte niemand, das sei ein Seniorenthema. Es betrifft junge Leute gleichermaßen. Stellen Sie sich vor: Am 3. Oktober 1990 wurden zwei Jungs geboren, nennen wir sie Volker, der eine in Frankfurt am Main und der andere in Frankfurt/Oder, beide als Bundesbürger. Sie lernen, sie studieren und sie arbeiten erfolgreich als Informatiker, jeder in seiner Stadt. 2057, also nach 67 Jahren, bekommen sie ihren endgültigen Rentenbescheid. Darauf wird Volker aus Frankfurt/Oder mitgeteilt, was er zeitlebens war: ein Ossi. Er bekam weniger Lohn für längere Arbeitszeiten und weniger Rente für dieselbe Leistung. Gegen dieses Unrecht streitet DIE LINKE Jahr für Jahr im Bundestag. Noch immer erfolglos, denn CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne stemmen sich gegen diese Einheit. Aber ich bleibe dran. Versprochen.

Viele bewegt die „Euro-Krise“. Mich auch. Wobei mich unglaublich erregt, was Politiker und die Medien den Leuten „eintrichtern“. Die Griechen seien faul und die Deutschen fleißig. Das passe nicht. So lügt man auseinander, was besser zusammengehört. Das eigentliche Problem ist eine entfesselte Finanzwelt, sind Hasardeure, die sich aus Staatspleiten Gewinne versprechen. Gnadenlose Profiteure, denen endlich das Handwerk gelegt werden muss. DIE LINKE fordert das seit langem. Niemand muss Finanzexperte sein. Aber übersichtlich ist: Alle Milliarden Euro, die letztlich folgenlos in ungezügelter Banken gepumpt werden, fehlen für Schulen, Bibliotheken, Krankenhäuser oder den Nahverkehr. Die Bundespolitik muss endlich umsteuern. Bleiben Sie bitte mit dran.

Mit den Wahlen 2011 wurden manche Karten politisch neu gemischt. Das ist normal, das gehört zur Demokratie. DIE LINKE war immer dafür, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur wählen, sondern sich ständig einmischen, beim „Bürgerhaushalt“ oder bei sozialen Projekten. So manches scheint gefährdet. Dabei geht es immer um unser Marzahn-Hellersdorf.

Übrigens auch im Kampf gegen Rechtsextremismus. Jüngst wurde eine Nazi-Mord-Serie bekannt. Einen ähnlichen Fall hatten wir 1997 in Alt-Marzahn. Ein Nazi schoss um sich, aus Hass gegen Linke und den Staat. Halten wir zusammen? Zu den Nazi-Morden gibt es im Bundestag einen Untersuchungsausschuss. Ich bin dabei und will dort Aufklärung.

Vor Kurzem wurde eine interessante Studie beendet, betreut von der Uni Bielefeld. Das Fazit: Das Soziale wird ökonomisiert, die Demokratie wird entleert, die Solidarität schwindet. Genau das will ich nicht. „Einer trage des anderen Last!“ Das bleibt mein Credo.

Mit solidarischen Grüßen

Petra Pau

Petra Pau
Mitglied des Deutschen
Bundestages
Mitglied des Innenausschusses

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 22 77 10 95
Fax (030) 22 77 00 95
petra.pau@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin
Telefon (030) 99 28 93 80
Telefax (030) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de

www.petra-pau.de

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G